

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

132 (9.6.1927)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gepaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Gegenüberstellungen und Stichproben 6 Pfennig. Die 24-stündige Millimeterzeile 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif, der bei Nichtbeachtung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Forderung und bei Kontour außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. Schl. der Anzeigen-Nachnahme 5 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenchutz

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zahlung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 11111; Darmstadt, Weidenstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Heilbronn, Friedrichstraße; Offenburg, Cengelfstraße 28

Nummer 132 Karlsruhe / Donnerstag, den 9. Juni 1927 47. Jahrgang

„Worum es geht und worauf es ankommt“

In einem Artikel in der Rheinisch-Mainischen Volkszeitung, unter der obenstehenden Überschrift, nimmt Herr Dr. Wirth Stellung zu dem Wahlbillsionsvotum des Parteivorstandes der Zentrumspartei. Herr Dr. Wirth schreibt u. a.:

„Das ist, was Toos, was Deffauer und die Zentrumsjugend meinen, ist mehr als politisch-parlamentarische Kombinatorik. Es reflektieren auf den politischen und sozialen Inhalt unseres Landes und Volkes in den nächsten drei Jahrzehnten. Wir können das Gewicht der Masse und ihre steigende politische Macht. In diesen Zusammenhang stellt sich mein politisches Denken und Handeln. In der Fragestellung liegt auch das Problem des heutigen Zentrums, wie es viele in unseren Reihen sehen. Es ist kein Streit um Worte, kein Kläffchen in Parteien, es geht um mehr. Darum habe ich auch den Brief des Herrn Reichsanzlegers der Öffentlichkeit übergeben. Deshalb spricht man mir die Mißbilligung aus. Ich beneide den Parteivorstand nicht um sein Urteil. Ich nehme es zur Kenntnis. Nicht mehr!“

Es wird auch nicht mehr verlangt. Uebersehen ist, daß wir die Abfindung des Briefes und dessen Empfang eine ebenso wichtige wie ernsthafte Aufgabe des Herrn Dr. Marx mit mir teilt. Wie ich höre, hat Herr Dr. Marx über diese Unterredung mit dem Parteivorstand mitgeteilt, daß wir „uneins“ geblieben sind. So ist es! Nach Empfang des Briefes war es mir absolut klar, daß der Brief nach Form und Inhalt der Ansicht zur Frage der Orientierung der deutschen Zentrumspartei in den kommenden Wahlen sein müßte. Ich hatte das Recht und die Pflicht, ihn zu bewerten. Ich glaube sogar, daß meine Kritik, wenn sie über den Inhalt der Unterredung Näheres hören, zu einem günstigen Schluß kommen werden. Außerdem höre ich, daß der Brief in Berlin einer Anzahl Journalisten vorgelesen wurde. Die Mißbilligung meines Vorgehens beruht zum Teil auf einer Kenntnis der näheren Umstände.“

Politische Attentate in Rußland

Berlin, 9. Juni. (Funkdienst.) Ein neues politisches Attentat ist nach Meldungen aus Moskau in Rußland begangen worden. Der Chef der politischen Polizei des Bezirks von Moskau, Dvanski, und sein Chauffeur wurden erschossen, zwei weitere Sowjetbeamte schwer verletzt. Das Attentat wurde ausgeführt, als der Polizeichef auf einem Motorrad einen politischen Akt, der unter Spionageverdacht festgenommen worden war, nach Moskau bringen wollte. Der verhaftete Pole scheint bei dem Attentat entkommen zu sein. In Moskau wird vermutet, daß es sich um einen Anschlag von Weisgardisten handelt, die dem Polen zu Hilfe gekommen sind. Gleichzeitig wurde in Moskau ein Bombenattentat bekannt, das 20 Stunden vorher auf einen kommunikativen Posten in Leningrad verübt worden war. Nach amtlicher Darstellung drangen zwei unbekannte Männer in die Versammlung und warfen zwei Bomben unter die Teilnehmer. 24 Personen wurden durch Bombensplitter verletzt oder erlitten durch die aufsteigenden Gasmasse Vergiftungen. Die Attentäter selbst scheinen in der Vermirung entkommen zu sein. Unter die Täter gehen die verschiedensten Gerüchte um. Die einen behaupten den Anschlag als die Tat von Anhängern der Opposition, die anderen vermuten das Werk einer Spionagearrangierung.

Die Bismarckjugend beschimpft die Republik

In der sogenannten Bismarckjugend ist der deutschnationalen Nachwuchs zusammengeschlossen. In dieser Organisation sind die Maulwurfsbauern und die Beschimpfung Andersdenkender die Haupttätigkeit. Zu Pfingsten war die Gesellschaft zu einem Reichstagsbesuch veranlaßt. Dabei hielt der Reichsjugendführer Siebeck eine Schimpfrede gegen die Republik in der er von den durch die Schmutzwelle der Revolution an die Oberfläche geschwommenen Nutznießern des heutigen Systems sprach, von der „offenen Kampfstellung“ gegen den Staat, von der Anwendung von „Kadibalmitteln“ usw. In der sicheren Hoffnung, daß ihm nichts passieren werde, leistete sich der Schimpfapostel auch diese Sätze: „Es ist notwendig, daß wir uns abwenden von dem republikanischen Freiheitsglauben, der das Volk betört hat, der von „Freiheit“ sprach und das persönliche Gefühl meinte, der von „Friede“ sprach und die Feindschaft zur Triebfeder seines kapitalistischen Handelns machte, der von „Brot“ für alle sprach und doch nur den Mühsden Brot und Kaviar verschaffte.“ Dieser republikanischen Staatsauffassung sehen wir den deutschen Staatsgedanken entgegen, den Gedanken, daß es nicht das Staatsideal ist, wenn man alle menschlichen Begierden sich zum Staatswesen schrankenlos ausleben läßt, sondern wenn man sich als Mitglied von Volk und Vaterland fühlen kann, so wie der große König es getan hat, als er sein stolzes Wort vom Fürsten

als dem ersten Diener des Staates sprach, und so wie der große Kaiser es getan hat, als er sein schlichtes Wort vom treuen deutschen Diener seines Kaisers sich zum Grabpruch wählte. Diese wahre Freiheit des deutschen Menschen gewährt uns aber nur die Monarchie, da sie allein dem Staat eine Spitze schenkt, die, über den Parteien stehend, für jeden Stand und jeden Beruf gleichmäßig zu sorgen pflicht und Bedürfnis haben muß. Deshalb erklären wir auch heute wieder, daß wir nicht ruhen und nicht rasten wollen, bis unserem Volke kein Kaiserium zurückgegeben ist.“

Dafür kämpfen wir mit aller Kraft jugendlicher Begeisterung — natürlich auf verfassungsmäßigem Wege.“ Wir sind sicher, daß auch dieser Bismarckjugendbündler im selben Augenblick in einem sicheren Maulloch zu finden sein würde, in dem für ihn und Seinesgleichen die Aufgabe erwachsen würde, mit der eigenen Person für das einzustehen, was das frivole Maulwerk provoziert. Die grenzenlose Feindschaft unserer Nationalisten haben wir ja an den Novembertagen 1918 bis zum Erbischen gesehen und kennen gelernt. Und die ganze nationalpolitische Gesellschaft ist seitdem um kein Haar anders geworden.“

Liquidationschäden / Beamtenpensionen

Berlin, 8. Juni. (Eig. Drab.) Im Reichsfinanzministerium sind, wie der sozialdemokratische Pressedienst erfährt, vor Pfingsten zwei wichtige Reaktionsvorhaben fertiggestellt worden. Es handelt sich um das sogenannte Liquidationschädengesetz und das Versorgungsrecht für politische Beamte. Das Liquidationschädengesetz will die Auslandsverluste für die in den ehemaligen feindlichen Ländern durch die Beschlagnahme und Liquidation erlittenen Vermögensverluste entschädigen. Die geschädigten Personen sollen Reichsschuldenscheine erhalten, die unter gewissen Bedingungen lombardiert werden können. Die Vorlage geht demnach an das Kabinett.

Das vom Reichstag schon wiederholt geforderte Versorgungsrecht für politische Beamte regelt die Pensionsansprüche parlamentarischer Minister und sonstiger politischer führender Persönlichkeiten, die auf kürzere oder längere Zeit in hohe Beamtenstellen berufen werden.

Vorschläge zur Räumung der Rheinlande

Paris, 8. Juni. Wie die Nouvelle Revue, hat der Zentralausschuß der Liga für Menschenrechte jüngst eine Tagesordnung angenommen, in der er erklärt, daß nach seiner Ansicht im Augenblick weder Deutschland das Recht habe, die Räumung des Rheinlandes zu fordern, noch die Alliierten die strikte Verpflichtung, darin einzuwilligen. Die Frage der Rheinlandräumung sei also keine juristische, sondern eine politische Frage. Infolgedessen fordert die Liga für Menschenrechte von der französischen Regierung, diese Frage mit der grundlegenden Sorge, den Frieden zwischen den beiden Völkern sicherzustellen, zu prüfen. Die Weisung würde kein dauerndes Druckmittel für Frankreich sein. Denn dadurch würden umgeben dem Beschäftigten und der Bevölkerung Konflikte hervorgerufen werden. Die Deutschen hätten Recht, zu erklären, daß die Weisung unvereinbar sei mit dem Geist von Locarno und Locarno und mit der Tatsache des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Die Liga fordert, auf folgender Grundlage über die Räumung zu verhandeln: Vorzeitige Räumung der Rheinlande unter der Bedingung, daß Deutschland in den Rheinlanden die Organisation einer ernstlichen Kontrolle durch den Völkerbund gemäß Artikel 213 des Friedensvertrages gestattet.

Zur Ermordung des Warschauer Sowjet-Gesandten

Warschau, 8. Juni. Gestern abend 10 Uhr wurde die Leiche des ermordeten Sowjet-Gesandten Wolow unter dem Geleit des gesamten Personals der russischen Gesandtschaft und der russischen Sondermission vom Spidol in die Sowjetgesandtschaft abgebracht. Das polnische Außenministerium hat versprochen, den Wunsch, daß der Rechtsvertreter der russischen Gesandtschaft bei der Vernehmung des Mörders und der gerichtlichen Voruntersuchung hinzugezogen wird, an das polnische Justizministerium weiterzuleiten. — Die Warsauer russische Emigrantenseitung Das neue Russland, zu der der Mörder Beziehungen unterhielt, veröffentlichte sofort nach der Ermordung des Sowjet-Gesandten eine Sonderausgabe, in der sie zu einer Geldsammlung für Kowarda aufrief. Das Blatt wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt.

Vernehmung des Mörders

Warschau, 9. Juni. (Funkdienst.) Bei der weiteren Untersuchung hat der Mörder des russischen Gesandten erklärt, die Tat allein begangen zu haben. Als Grund gibt er seine Feindschaft gegen das Sowjetregime an. Die polnische Regierung hat angeordnet, daß die Verhandlung gegen den Mörder vor den ordentlichen Gerichten stattfinden soll, jedoch die Angehörigen des Ermordeten als Nebenkläger zugelassen sind.

Berggrößte Spannung

Warschau, 9. Juni. (Funkdienst.) Die polnische Regierung hat die Forderung des russischen Geschäftsträgers, einen Vertreter der Sowjetregierung an der Untersuchung des Gesandtenmordes teilnehmen zu lassen, abgelehnt. Die politische Spannung hat dadurch eine weitere Verschärfung.

Die Schulreaktionäre haben es eilig

Berlin, 8. Juni. Der Ministerialrat Köppler aus dem württembergischen Ministerium des Kultus ist auf einige Zeit in das Reichsministerium des Innern zur Bearbeitung dringlicher Schul- und Bildungsfragen berufen worden.

Fürstenabfindung in Württemberg

Stuttgart, 8. Juni. (Eigene Meldung.) Gegenüber den zahlreichen unvollständigen und teilweise irreführenden Meldungen über den Inhalt des Vertrags, der zur Abfindung der Vermögensansprüche des Hauses Württemberg zwischen diesem und der württembergischen Regierung abgeschlossen wurde, und in den nächsten Tagen dem württembergischen Landtag vorgelesen werden wird, sind wir in der Lage, folgendes festzustellen:

Die Ansprüche des Hauses Württemberg gliederten sich in drei Gruppen: Die erste Gruppe bestand in Entschädigungsansprüchen auf Grund der Bestimmungen der württembergischen Verfassung von 1819, in denen dem Hause Württemberg der Bezug der Zivilliste, Appanagen usw. zugesichert worden war. Diese Ansprüche wurden begründet mit der seinerzeit erfolgten Einbringung des Familien-Fideikommiss in das Staatsvermögen. Diese Ansprüche sind von der württembergischen Regierung aus rechtlichen und politischen Gründen abgelehnt worden.

Die zweite Gruppe von Ansprüchen beruht auf dem jetzt in Staatsbesitz befindlichen Privatvermögen der Hohenzollernfamilie und war:

- a) der sogenannten Kunstsammlung, d. h. in einer umfangreichen Sammlung von Gegenständen kunsthistorischen Charakters, die teilweise bis zur Zeit vor dem 30jährigen Krieg zurückgehen;
- b) der unentgeltlich von den drei Königinnen an das Krongut abgegebenen Schmucksachen. Die Schätzung des Wertes der zu dieser Gruppe gehörenden Gegenstände war bei den Vertretern des Hohenzollernhauses wesentlich höher, als sie von der Regierung anerkannt worden ist. Die Regierung hat für die unter a) und b) genannten Ansprüche einen Entschädigungswert von 3 Millionen Mark in bar anerkannt, während sie die Ansprüche auf Rückgabe von Wärdern und Grundstücken ablehnt. Von den drei Millionen Mark werden jedoch 130 000 M. als bereits abgegebene Stücke des Krongut abgezogen.

Der dritte Anspruch betrifft die Rente der Witwe des letzten Königs, die unter der Regierung Blos im November 1918 auf 100 000 M. bemessen und nach der Stabilisierung auf 36 000 Goldmark festgesetzt worden war. Im Hinblick darauf, daß von dieser heute die Unterhaltung des Schlosses Webenhausen zu decken ist, hat die Regierung erlaubt, einer Erhöhung der Witwenrente auf 70 000 M. zuzustimmen zu lassen.

Der Vertrag enthält ferner noch einige weitere Bestimmungen, so z. B. die Anerkennung des Privatvermögens aller zur Adm. in Charlotte-Mathilden-Stiftung gehörenden Gegenstände, die aber für die Bemessung der Entschädigungsansprüche nicht von Bedeutung sind.

Die tatsächlichen Leistungen des Staates Württemberg an das herzogliche Haus auf Grund dieses Vertrages bestehen aus der Erhöhung der Rente für die Dauer des Lebens der jetzt 64jährigen Herzogin Charlotte von 63 000 auf 70 000 M. und einer Gesamtabfindung aller Vermögensansprüche in der Summe von 2 470 000 M. Da diese zur Zeit nicht in bar aus der Staatskasse bezahlt werden können, soll bis zur endgültigen Auszahlung der Summe eine Rente in Höhe von 5 Prozent — 123 500 M. pro Jahr — gezahlt werden, die aus dem Ertrag eines zum Krongut gehörenden Gebäudes, des Königshauses in Stuttgart zu entnehmen sind.

Deutsch-österreichische Staatsangehörigkeit

Wien, 8. Juni. Der Nationalrat nahm heute einen grobdeutschen Antrag an, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, mit dem Deutschen Reich in Verhandlungen einzutreten, damit die Erwerbung der Staatsbürgerschaft den Angehörigen der beiden Staaten in gegenseitigen Einvernehmen möglichst erleichtert werde. Bisher wurde vom Nationalrat die Genehmigung zum Eintritt Österreichs in den Völkerbund, vom dem seine Zulassung am 15. Dezember 1920 ausgesprochen wurde, erteilt.

Englisches Diktat an Ägypten

London, 8. Juni. (Eigener Drab.) Die britische Regierung hat an den britischen Oberkommissar in Kairo Lord Lloyd Instruktionen bezüglich seines weiteren Verhaltens ergaben lassen, die, soweit bekannt gemorden sind, in den Kreisen der Arbeiterpartei schwere Befürchtungen hervorgerufen haben. Nach diesen Informationen ist Lord Lloyd von der britischen Regierung beauftragt worden, der ägyptischen Regierung „in jeder ihm gutdünkenden Form“ mitzuteilen, daß Großbritannien von Ägypten ökonomische Unterstützung hinsichtlich der Durchführung der von London geforderten Umorganisation der ägyptischen Armee verlangt und darauf besteht, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, die jeden politischen Einfluß auf die ägyptische Armee ausschließen.

Glänzende Finanzen der Vereinigten Staaten

Washington, 8. Juni. Der Untersekretär im Schatzamt, Mills, erklärte in einem Vortrag vor der Vereinigung der New Yorker Bankiers, das Schatzamt werde nicht nur über einen Ueberschuß von 600 Millionen Dollars verfügen, sondern auch in der Lage sein, die Staatsschuld um mehr als eine Milliarde zu vermindern.

Französisch-amerikanischer Antikriegsvertrag?

London, 9. Juni. (Funkdienst.) Nach Meldungen aus New York, hat der französische Außenminister Briand durch den amerikanischen Botschafter in Paris bei der Regierung in Washington anfragen lassen, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, mit Frankreich einen Antikriegsvertrag abzuschließen. Der Zeitpunkt für einen Vertragsabschluss zwischen den beiden Mächten sei mit Rücksicht auf die zunehmenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die durch den Lindbergh-Flug erzeugte Stimmung in den beiden Völkern gegenwärtig außerordentlich günstig.

Neuyork - Berlin

Der Transoceanflieger Chamberlain ist am Dienstag, von Kottbus kommend, in Berlin gelandet und feierlich empfangen worden. Der repräsentativen Seite dieses Fluges ist damit Genüge geschehen. Die Stadt Berlin, die Spitzen der Reichs- und Landesbehörden haben die Flieger begrüßt, nachdem die Stadt Kottbus am Tage der Notlandung die erste Begrüßung und Ehrung übernommen hatte. Die Bevölkerung von Berlin hat trotz des langen Wartens und des Wechsels von Enttäuschungen und Hoffnungen vom Pfingstmontag zu Hunderttausenden den Fliegern zugejubelt.

Der eigentliche Flug selbst ist bereits am Pfingstmontag beendet worden. Dieser Flug ist sicher ein sportliches Ereignis allerersten Ranges. Der Rekord Lindberghs auf seinem Flug Neuyork-Paris ist gebrochen. Aber es wäre falsch, diesen Flug nur unter solchen Gesichtspunkten zu sehen und zu werten. Er ist weit mehr. Er ist politisches Symbol und praktische Zukunftsverheißung.

Politisches Symbol: Ein Zeichen amerikanischer Sympathie für Deutschland und deutscher Sympathie für Amerika. Eine Befruchtung jener freundschaftlichen Stimmungen, die durch den Flug des J. R. III hervorgerufen worden sind, eine Hoffnung auf gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Freundschaft.

Praktische Zukunftsverheißung: Er eröffnet Ausblicke auf neue Verkehrsmöglichkeiten zwischen den Kontinenten. Ein Vergleich: Zehn Tage wird der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd nach Bremerhaven brauchen, mit dem die Frauen der beiden kühnen Ozeanflieger die Reise nach Deutschland angetreten haben. Zehn Tage für die selbe Strecke, die im Flugzeug in einem Zeitraum von zwei Tagen zurückgelegt wurde. Die Wege werden noch kürzer werden, als sie durch den modernen Verkehr ohnehin geworden sind. Die Kontinente rücken näher aneinander. Das Wort von dem großen Reich, geprägt in einer Zeit, als der Schnelldampferverkehr begann, wird viel mehr Wahrheit als bisher. Der Ozean, den ein Flugzeug in 24 Stunden überqueren kann, hört immer mehr auf, politische, wirtschaftliche und kulturelle Scheidelinie zu sein. Wir wissen wohl, daß die technischen Sachverständigen die Ausichten eines regelmäßigen Transocean-Flugzeugverkehrs heute noch sehr skeptisch beurteilen — aber die Bahn ist gebrochen, die Möglichkeit ist erwiesen. Was wäre der moderne Verkehr, wenn die Steps von vornherein über die Hoffnungen auf neue Verkehrsmittel obgesiegt hätte! Wir Europäer und die Amerikaner, wir rücken näher aneinander. Neuyork und Berlin, einst weitweit voneinander entfernt, liegen heute nur noch zwei Tagereisen getrennt. Das ist eine Großtat, eine weit wichtigere, als ein politisches Tagesereignis. Je näher die Menschen beieinander wohnen, umso mehr sind sie aufeinander angewiesen. Je kürzer die Wege, umso stärker die gesellschaftliche Bindung, umso stärker die Notwendigkeit, die bestmögliche Organisation des menschlichen Zusammenlebens herauszubilden. Die moderne politische Demokratie ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Verpflichtungen menschlichen Zusammenlebens durch den modernen Verkehr. Das Endergebnis in der Zukunft wird der Sieg der bestmöglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation sein.

Die kühnen Flieger, die in einem kleinen Flugzeug den Ozean überquert haben, sind wahrhaft Pioniere. Nicht nur Pioniere des Sports, Pioniere der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt. Ihre Tat wird in Deutschland wie in Amerika mit begeistertem Jubel gefeiert. Chamberlain und Lewins — Typen der populären Männer, der Helden von heute. Wir gestehen frei, daß uns diese Heldentypen sympathischer sind als die Helden des Krieges, ihr Ruhm uns dauerhafter und verbiederter erscheint als der Ruhm des Schlachthelden.

Eine kühne Tat fürwahr. 24 Stunden im einsamen Flugzeug über der weiten Wasserwüste des Ozeans zwischen dem Himmel und der Wasserflut dahingeleitet, einzig angewiesen auf die Kraft eines von Menschenhänden gearbeiteten Motors und auf die Spannkraft des Willens in der eigenen Brust. Es gehört Mut zu dieser Tat — jener Mut,

zum notwendigen Wagnis, ohne den die Menschheit heute noch in primitivem Zustande dahindämmern würde.

Dreifach panzerter Mut und Kraft, dem das eiserne Herz, der sich weert gewagt im gebrechlichen Boot hinaus auf das lässige Meer!

So pries einst Horaz die Kühnheit des Seefahrers, der sich im gebrechlichen Boot zuerst dem fremden Element anvertraute. Heute fürchtet niemand mehr die Reise im modernen Schnelldampfer über den weiten Ozean. Dreifach panzerter Mut und Kraft das Herz der kühnen Flieger, die als erste den Ozean überqueren. Es wird nicht mehr lange dauern, so wird ein Flug über den Ozean zu den sicheren Verkehrsgelegenheiten zählen.

Chamberlain und sein Begleiter werden, so glauben wir zu wissen, bald nach Hamburg finden. Das deutsche Flugwesen steht hinter dem amerikanischen Flugwesen nicht zurück und man wird sich anstrengen, den praktischen Beweis dafür zu führen.

Aus der KPD

Die kommunistischen Brüder, die der deutschen Arbeiterklasse die Einheitsfront predigen, lieben untereinander bis aufs Messer. Der Kampf zwischen der Opposition und den Zentralisten tobt allerorts, am schärfsten wohl in Hamburg. Die Arbeiteropposition der KPD, Groß-Hamburgs verbreitet einen Flugzettel an alle Kommunisten im Bezirk Wasserfront, in dem gegen die Zentralisten eine wahrhaft revolutionäre Sprache geführt wird:

„Die Opposition der KPD, Ortsgruppe Schiffbau, hat am 1. Mai an Euch einen Aufruf gerichtet. Hierauf eröffnete eine kleine Parteikommision, welche die Partei und Presse unter ihren Fesseln gebracht hat, mit einer vom Stalinisten und Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung“ Stebban eigenhändig gefälligen Resolution eine skandalöse Bourgeoisie sich besser nicht gebärden, obgleich die Bourgeoisie vor Wachen stehen müßte über die uns angebotene Schwäche. Technisch war der kühnste Versuch so, daß die geistige Bourgeoisie ihre maiochistischen Kräfte in der „Hamburger Volkszeitung“ hatte.“

Das ist nicht etwa die Sprache wildgewordener Intellektueller, es ist leider die Sprache von Arbeitern. Von Arbeitern, die durch die Schule der kommunistischen Propagandapresse gegen die Sozialdemokratie und die Schule der kommunistischen Presse angezogen sind!

Die Kommunisten haben mit dem Pfingsttreffen des Roten Frontkämpferbundes in Berlin eine schwere Niederlage erlitten. Vedialich durch die Tatsache, daß der Amerikaner in Berlin er-

Grenzen der Technik.



„Waren Sie auch zum Empfang Chamberlains auf dem Tempelhofer Feld?“

„Aber ich bitte Sie, ich wohne im Norden Berlins. Wenn der Mann in 50 Stunden von New York nach Deutschland fliegt, kann ich in derselben Zeit mit der Berliner Straßenbahn doch nicht das Tempelhofer Feld erreichen!“

wartet wurde. Die kommunistische Presse muß sich nun im Schweige ihres Angehödiges bemühen, das Verhältnis zu verteidigen. Die „Rote Fabrik“ schreibt:

„Obwohl die bürgerliche Presse durch Extrablätter über die Einzelheiten des Chamberlain-Fluges das Interesse der Bevölkerung vom dritten Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes abulenken versuchte, hatte sich in den Abendstunden des Sonntag nur eine recht geringe Zahl Unentwegter nach dem Flughafen begeben.“

Kun ist es heraus! Chamberlain ist von der deutschen Bourgeoisie beschützt worden, um den Frontkämpfern zu verzeihen! Jede Bourgeoisie hat ihre Grenze. Den Flughäfen Tempelhof umfanden viele Hunderttausende und die Roten Frontkämpfer? Sie haben für Berlin nicht existiert. Das Reich der Kommunisten war größer als das Reich Chamberlains.

Die Jungsozialisten und die Partei

Von der Dresdener Reichskonferenz
Dresden, 8. Juni, (Eig. Bericht.)

Am Sonntag tagte in Dresden die Reichskonferenz der Jungsozialisten. Es waren 72 Delegierte anwesend, ein Vertreter der Arbeiterjugend und 5 Reichsausführausschüßler sowie Genosse Crispian vom Parteivorstand.

Stein vom Reichsorganisationsausschuß hielt dann einen Vortrag über Jungsozialismus und Arbeiterbewegung. Er wies darauf hin, daß die Zahl der Jüngeren in der Partei verhältnismäßig geringer sei als in der Arbeiterklasse. Das sei zum großen Teil auf den Krieg zurückzuführen, der unter den Jüngeren große Lücken gerissen habe. Dazu käme die Zerstückelung in der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur Arbeiterbewegung habe heute das sozialistische Proletariat keine einheitliche Partei. Die Zerstückelung der Arbeiterbewegung stelle die Jugend vor die Qual der Wahl. Deshalb das Bedürfnis vieler, sich am Rande der Arbeiterbewegung kleine Inseln zu schaffen (Naturfreunde, Lebensreform etc.). Die letzten Jahrzehnte hätten die Arbeiterbewegung unheimlich vor das Problem der Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Die praktische Arbeit, die heute notwendig sei, erfordere die Jugend vielfach zu nützlichern. Viele könnten sich nicht darin finden, daß man mit unvollkommenen Mitteln kämpfen müsse, daher der Wunsch nach anderen Parteien und nach anderen Mitteln. Der Jugend fehlte die Erfahrung und sie hatte Fragen und Aufgaben für neu, mit denen sich die Älteren zum Teil schon seit Jahrzehnten beschäftigt haben. Dann schilderte der Redner kurz die Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung seit dem Jahre 1918, die über die Romantik und die unbedingte Staatsbejahung (Dobsonismus) wieder zum Marxismus und damit zur Wirklichkeit gekommen sei. Die übliche Gegenüberstellung von Staatsbejahung und Staatsverneinung sei überholt. Die proletarische Opposition seien wirkliche Staatsverneiner. Auch die proletarische Opposition sei in Wirklichkeit stets Arbeit am und im Staat. Die Form der Mitarbeit im Staat sei eine Frage der Taktik. Notwendig sei, daß die Jugend vom Sozialisten zur Arbeit im Staat für den Sozialismus komme. Die Verwirklichung der Partei könne nicht allein Aufgabe der Jugend, sie müsse die Aufgabe aller Genossen sein.

Es folgte dann eine Diskussion, nach deren Abschluß folgende von Stein vorlesene Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Dresdener Reichskonferenz der Jungsozialisten vom 8. Juni 1927 betont anerkennend die soziale Genese in Deutschland die Notwendigkeit härtester Aktivität aller proletarischen Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. In diesem Kampf gegen die jetzige Reaktion, der getragen sein muß von Willen zur Eroberung der politischen Macht, fällt den Jungsozialisten die Aufgabe zu, in den Reihen des Jungproletariats für die Ideen des Sozialismus zu werben und der sozialdemokratischen Partei neue Kämpfer zuzuführen. Dieser Aufgabe können die Jungsozialisten nur gerecht werden, wenn sie als unentbehrlicher Bestandteil der Partei Hand in Hand mit der Organisationsregien Anteil an der Bildungs- und Kulturarbeit nehmen und das Erkenntnis aus dem Marxismus, das die Grundlage ihres Weltbildes bildet, als stärkste Waffe im Kampfe ihrer sozialistischen Ideale zu benutzen und für seine Verbreitung zu wirken. Die Reichskonferenz erneuert ihr Bekenntnis zum internationalen und revolutionären Klassenkampf des Proletariats und richtet in alle jungen Proletarier die Aufforderung, sich einzufügen in die sozialdemokratische Bewegung und der gesamten Arbeiterbewegung frische Kräfte zuzuführen, die den großen Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes gewachsen sind.“

Beim Pfingstfest gab den Geschäftsbericht. Mit den jungsozialistischen Kräften derseits allgemeine Zufriedenheit, die Lage sei seit dem Übergang in den Laubhagen Verlag von 2700 im November 1927 auf über 4000 gestiegen. Große Erfolge habe die jungsozialistische Schriftreihe erzielt, die weiter ausgebaut werden soll. Im übrigen bewies die Ansprache, daß überall das Bestreben vorhanden ist, mit der Partei ein gutes Verhältnis aufrecht zu erhalten und sachlich mitzuarbeiten.

Die Frauen von Tannö

Roman von Ernst Zahn

33 (Nachdruck verboten)

Sie sah Klemens Komed und seine blonde Frau wieder vor sich und räufte ihr Glück und begann wieder von sich selber zu reden: „Siehst du, Anna Julia, so denke ich es mir immer. Es muß wunderbar sein, mit einem, dem man gut ist, nach Feterabend einen Gang vors Dorf hinaus zu tun. Man hält sich bei der Hand. Man spricht nicht viel, geht nur so über die Matten und hat Frieden, einen Frieden, der einem keine Wünsche mehr läßt. Und dann Kinder! Andre würden mich auslachen. Aber dir kann ich es sagen: Es kann für uns Frauen kein größeres Glück geben, als Kinder zu haben, Leib von deinem Leib lebendig herumtragen zu sehen, so daß etwas von dir auf der Welt bleibt, wenn du nicht mehr da bist! Es muß wunderbar sein.“

Von diesem „Es muß wunderbar sein“ kam ihre Seele nicht mehr los. Ihre Stimme wurde während des Sprechens immer leiser, aber ihre Lippen formten den einen Satz in kleinen Pausen wohl zwangsam, und Anna Julia konnte ihn noch davon ablesen, als die Stimme längst jeden Ton verloren hatte.

Schon wurde die Ferne dunkler und gina das Nachten über das Dorf, als der Doktor und der Warrer gleichzeitig in die Stube traten. Da lag Stina Wolf in Anna Julias Armen; der Kopf war hintenüber geknaut. Ohne jeden Kampf war es zu Ende gegangen. Der Mund war ein wenig geöffnet, und es war Anna Julia, als habe sie noch einmal wie ein Hauch das „wunderbar“ gehört. Sie selbst war so verunken in das Weien, das die Sterbende gebah, daß sie den Tod selbst wie etwas Gleichgültiges an sich vorübergehen ließ. Sie ließ sich von Arzt und Warrer die Tote aus den Armen nehmen, gab auch Aufschub, wie alles geschehen war, aber sie war mit den Gedanken nur halb bei dem, was sie sagte.

Während die Männer sich dann um die Tote beschäftigten und sie mit Hilfe der Madt beteteten, stand sie selber am Fenster und sah dort hinaus, wo Stina hingeblickt hatte. Aber sie sah keine Ferne, sah vielmehr in ein neues Leben hinein. Es war, als habe ihr jemand den Schleier hinweggenommen, der vorher darübergelegen hatte. Die Sehnsucht der Stina blühte in ihr auf, als hätte diese sie ihr vererbt.

Etwas davon mußte sich in ihrem Gesicht veratzen, denn von Stura, der Warrer, hatte zu ihr sprechen wollen und hielt die Worte zurück. Aufmerksam betrachtete er die schlaffe, dunkle Gestalt in dem wolkigen Kleide. In sein kluges, strenges Gesicht trat ein Ausdruck tiefen Staunens.

„Wenn der Wille zum Leben lebendig erblickt“, sagte er in seiner knappen, kurgangebundenen Art von Stina, „hätte sie nicht sterben können.“

Da fuhr Anna Julia zusammen und schüttelte mit Gewalt die Gedanken von sich. Und zum erstenmal konnte sie dabei dem Warrer nicht in die Augen sehen.

15

Gewiß, Klemens Komed und seine blonde Frau Marianne waren ein häßliches und allfälliges Paar. Davon waren alle Leute überzeugt, nicht nur die Fernstehenden, auch diejenigen, die mit dem Ehepaar in dem großen Komediale zusammenwohnten. Marianne fühlte dieses Glück, und vielfach empfand es auch Klemens; denn es war eine wunderbar behagliche Stimmung im Hause, eine Heiterkeit bei der Arbeit und in der Ruhe, wie nur ausruhende Menschen sie in ihre Umgebung tragen können. Und es gab Stunden, in welchen Klemens der freie, gelöst wie leichtig geundene Mensch war, der er früher gewesen. Dennoch aber engte ihm etwas die breite, an tiefes Atmen gewöhnte Brust ein. Manchmal war es, als ob ihn ein Spud neckte. Es war etwas fast Welkenloses, ein Gedante, eine Erinnerung, die wie ein Witz ihm durch die Seele fuhrten. Er sah eine Gestalt vorüberziehen, und erst nach einer Weile mußte er, daß es die Berta Valer gewesen war. Er fühlte eine Lieblosung, erlebte plötzlich einen liebeseligen Augenblick noch einmal, den er schon lange hinter sich hatte, und dann sah er das Gesicht der Berta und wußte wieder, daß er jenen Augenblick mit ihr gelebt hatte. Es war wie ein immerwährendes Aufsehen und Wiedererlöschen einer Vergangenheit und war ohne seine Zeit gebunden. Es geschah mitten am Tage, mitten im Gespräch mit Leuten, über einer Mahlzeit, bei der Arbeit und tief in den Nächten.

Einmal wanderten zwei junge Burischen von Tannö nach Amerika aus. Da suchte es dem Großgrundbesitzer Klemens Komed; auf er möchte all seine Habe zu Geld machen und mit seinem blonden Weibe ihnen nachziehen. Damit die Berta Valer ihn nicht mehr harre! Dann sagte er stimmig in sich hinein: „Aber es etner seinen Gedanken aus dem Weg zu geben vermöchte!“

Die Berta Valer war aber nicht nur eine Erinnerung, sondern ein Mensch von Fleisch und Blut, die noch immer seinen Weg kreuzte. Heute begegnete er ihr auf der Straße und fing ihren Blick auf und morgen streifte sie in der Kirche unversehens dicht an ihm vorüber, daß ihm etwas heiß überlief. Heute redete sie ganz von belanglos Marianne und ihn an, als sie am Hause vorüberging, und morgen kam sie selbst zu der blonden Frau ins Haus gelassen und hatte irgendein ganz bezauberndes und natürliches Antlitz. Begeistert und natürlich war alles. Man konnte sich nicht mehr denken, wenn man einander auf der Nase wohnte. Warum sollte man auch? Und er, Klemens, war jetzt verheiratet, das änderte doch alles. Marianne selbst hatte nicht das geringste Bedenken. Sie mußte nur das, was früher zwischen ihrer Schulkameradin, der Berta Valer, und Klemens gewesen, aber — jetzt — jetzt war keine Gefahr mehr. Sie hätte nicht gemußt worin sie sich ihren Mann anders hätte wünschen sollen. Sie sah es auch ganz gern, daß die Berta harmlos im Hause verkehrte. So konnten die Leute leben, daß Gewiss über die alte Geschichte gewachsen war.

Die Berta flage, sie habe im Dorf keinen rechten Umgang. Als sie einmal eines Abends in Klemens' Abwesenheit allein eine Stunde bei Marianne aßen, ging sie mit dem Bemerkten: „Es ist mir eine Erholung, manchmal mit einem Menschen zusammenzusitzen, der mich versteht.“

Da lächelte Marianne und lud sie ein, doch wieder zu kommen, wenn es ihr befohle.

Und Berta kam wieder, immer wenn der Großrat, ihr Vater, nicht da war, aber nicht immer, wenn Klemens fehlte. Sie konnte nicht viel dafür. Sie war nur zu schwach, um zu widerstehen. Es tetech sie stets wieder, wie es sie immer getrieben hatte, hinter Klemens her.

Er hatte wohl bisher gleichsam unter dem Eindruck gelebt, als gäbe sie fern, in einem großen Kreise um ihn herum. Jetzt sah er diesen Kreis enger werden, immer enger. Es wurde ihm schmerz dabei. Aus den unklaren Erinnerungsbildern, der Väter, die ihn genarrt hatten, wurden scharfe, klare Gedanken, die vorher losgeraten waren. Sie verwandelten sich in Wünsche und Hoffnungen. Manchmal fragte er sich nicht schon: „Wirst du sie heute an sehen bekommen, die Berta?“

(Fortsetzung folgt.)

Freistaat Baden

Für höhere Aufwertung bei Sparkassen

Ein Runderlaß des badischen Innenministers

An die Landeskommissionen und an die Bezirksämter richtet sich folgender Runderlaß des Ministers des Innern:

Bereits im Runderlaß vom 16. Juni 1926, Aufwertung der Sparkassen, ist zu erkennen gegeben, daß freiwillige Mehrleistungen der Sparkassen hinsichtlich der Höhe der Aufwertung, d. h. also über den Aufwertungssatz von 12 1/2 Prozent hinaus, zulässig sind. Nach dem Runderlaß vom 4. April 1927 ist der Fall, daß Sparkassen freiwillig über 12 1/2 Prozent aufwerten, abermals ausdrücklich erwähnt. Nachdem der Landtag einstimmig beschlossen hat, die Regierung zu ersuchen, den Sparkassen, wenn und soweit sie dazu aus eigenen Aufwertungsmitteln in der Lage sind, näherzugehen, die Sparkassen höher als 12 1/2 Prozent aufwerten und hierbei vorzugsweise die bescheidenen Personen im Sinne des § 7 der Verordnung vom 2. Juni 1926 zu berücksichtigen, erwarte ich, daß die Sparkassen, deren Aufwertungsmasse ohne Inanspruchnahme ihrer bürgerlichen Gemeinschaft zu einer höheren Aufwertung als 12 1/2 Prozent ausreicht, die Aufwertungsmasse restlos zu entsprechender Vervollständigung der Aufwertung verwenden. Um den Interessen der Sparerschaft Rechnung zu tragen, erwarte ich es nicht für anständig, die Kosten der Durchführung der Aufwertung auf die Aufwertungsmasse zu verrechnen. Diese Kosten sollten vielmehr völlig auf die laufenden Umsatzen der Sparkassen übernommen werden.

Schließlich erteile ich noch allgemein die Ermächtigung, daß die Sparkassen unter Abweichung von § 4 Absatz 2 der Verordnung vom 2. Juni 1926 auch die nach Ablauf der eingegangenen Anträge auf die sogenannte privilegierte Berechnung der Guthaben bei Überweisung der Guthaben von Sparkasse zu Sparkasse als rechtzeitig einbezogen behandeln. Ich erwarte, daß von dieser Ermächtigung allgemein zugunsten der Sparerschaft Gebrauch gemacht wird, soweit derartige Ansprüche bereits geltend gemacht sind oder spätestens bis zum 1. August 1927 geltend gemacht werden.

Wegen Vorlage der Aufwertungsbilanzen an die Aufsichtsbehörde bleibt weitere Anordnung vorbehalten.

Mieterhöhung und Gebäudesondersteuer

Mit 1.1. wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Erhöhung der Mieten mit Wirkung vom 1. April 1927 von 100 auf 110 v. S. der Mietensätze wird aller Voraussicht nach ebenso wie in anderen Ländern auch in Baden die Gebäudesondersteuer um einen angesetzten Betrag erhöht werden. Auf diese in Aussicht stehende steuerliche Mehrbelastung werden die Hausbesitzer wegen der Vermeidung der erhöhten Mieteinnahmen jetzt schon aufmerksam gemacht.

Benachteiligung Badens beim Biersteuer-ausgleich

Man schreibt uns: Bekanntlich hat das Reichsgebiet vom 1. April d. J. wonach die Ueberweisungen des Reiches aus dem Biersteuerertrag an die drei süddeutschen Biersteuerertragsländer wesentlich erhöht wurden, viel Staub aufgewirbelt und man hat auf den Plan gesehen, das die Entschärfung des Staatshaushaltes herbeiführen will über die Zweckfrage, ob es sich um ein verfassungswidriges Gesetz handelt. Die letzterenfalls erst im Reichstag beschlossene wurde im Reichstag nicht erreicht. Da nun einmal die Reichsregierung die Erhöhung der Zuschüsse für berechtigt und erforderlich erachtet hat, so hätte auch nachher noch die Verteilung der im Haushaltsplan der Süddeutschen Staaten zukommenden 59 388 000 M unter Verringerung des Schlüsselanteils entsprechend den heutigen Bierproduktionsverhältnissen vorgenommen werden müssen. Es haben im letzten Steuerrechnungsjahr aber hergestellt: die bayerischen Brauereien 13 388 471 Hektoliter, die württembergischen Brauereien (einschließlich Hohenzollern) 12 708 Hektoliter, die badischen Brauereien 1 233 233 Hektoliter. Es müßten von den oben erwähnten Zuweisungsböchstsummen sein:

Baden	44 827 000 M
Württemberg (einschließlich Hohenzollern)	8 115 000 "
Baden	6 446 000 "
Es erhalten aber entsprechend dem früher festgelegten Verteilungsschlüssel (13,55:2,51:6):	
Baden	45 000 000 (omit zwei) 173 000 M
Württemberg	8 633 000 (omit zwei) 616 900 "
Baden	5 755 000 (omit zwei) 691 000 "

Werkbundaussstellung „Die Wohnung“ Stuttgart

Eröffnungstermin 23. Juli 1927

Die Grundlage dieser Ausstellung wird eine Anzahl Siedlungshäuser bilden, die im Auftrage der Stuttgarter Stadtverwaltung durch Vermittlung des Deutschen Werkbundes nach den Entwürfen der bemerkenswertesten modernen Architekten nach einem einheitlich aufgestellten Plan erstellt werden. Der Bauauslöser stammt von Wies van der Rohe-Berlin, die Durchführung der Bauten liegt in der Hand von Dr. Richard Döcker-Stuttgart. Die Namen der beteiligten Architekten sind: 1. Peter Behrens, Berlin; 2. W. Bourgeois, Brüssel; 3. Richard Döcker, Stuttgart; 4. Walter Gropius, Dessau; 5. Ludwig Hilberseimer, Berlin; 6. Wies van der Rohe, Berlin; 7. Hans Poelzig, Berlin; 8. Adolf Rading, Breslau; 9. Hans Scharoun, Breslau; 10. Adolf Schneck, Stuttgart; 11. Bruno Taut, Berlin; 12. Max Taut, Berlin; 13. H. G. Cordt, Gené-Paris; 14. Josef Frank, Wien; 15. J. J. P. Oud, Rotterdam; 16. Mart Stam, Rotterdam; 17. E. Wagner, Stuttgart.

Die Architekten haben nicht nur neue andersartige Grundrisse für die Wohnung entworfen, sondern schlagen auch neue Konstruktionen vor. Für die letzteren wurden in der Hausliche Ausstellungsart gewählt, die eine gekürzte Bauzeit (von 2 bis 5 Monaten) dünne, aber wärmehaltende Außenwände, und mit den zur Verwendung kommenden Materialien einen sogenannten Trockenbau ermöglichen.

Ein weiteres besonderes Merkmal der Einseitigkeit ist der Bau der Häuser ohne Stiehböden. Besonders Augenmerk war zu richten auf die auf dem Bauplatz heute angebotenen Materialien und deren Prüfungsergebnisse hinsichtlich Wärmeisolation, Schalldämmung, Stabilität, Dauerhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit. Die Aufgabe, die zu bewältigen war, lag neben der architektonischen Grundrisshausgestaltung in technischen, konstruktiven und in wirtschaftlichen Überlegungen.

Die ausgeführten Baumeiseln, die, wie oben angedeutet, in der Hausliche auf eine sogenannte trodene und wärmehaltende Ausführung abzielen, sind etwa folgende:

Eisengerüstkonstruktionen mit Ausfüllung in Bimsplatten oder Bimssteinen mit Isolierschichten und Außen- und Innenputz.

Thermosbau mit Eisengerüst, Thermosplatten aus verschleuderten Pappfaserplatten auf Holzrahmen und Bims- und Gipsdielenverkleidung.

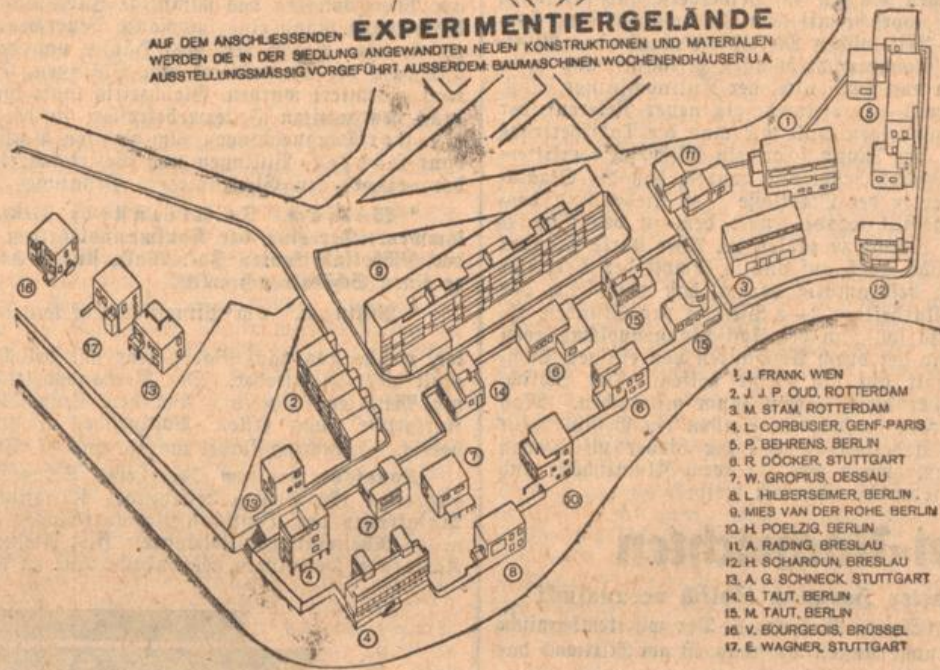
Eisenbetondeckensysteme mit Ausfüllung durch Bimsbohrkörper, Bauweise in Hohlblockkörpern aus Bims oder Schlacken oder Vollblocksteinen (Plast) oder aus Holztafelsteinen oder Sakensteinen (Ziegel).

Holzbohlenkonstruktionen für Decken, Außen- und Innenwände, Holztafel mit Teflonplatten und Außen- und Innenputz, Massivdecken für Decken (Rapid-Wärme). Teilweise eiserne Fenster, eiserne Türrahmen, glatte Türen usw.

Flachdachkonstruktionen auf Holz- und Massivdecken begehbar und nicht begehbar.

Zentralheizung mittels Kohle, Gas und Elektrizität, Warmwasserleitung, Bäder, Waschküchen, Vinoleum- und Gummiböden etc.

Nach der Fertigstellung sollen die Häuser für die Ausstellung „Die Wohnung“ möbliert werden.



Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß in der Bierproduktionszahl des Landesfinanzamtsbezirks Stuttgart auch die Bierzeugung der hohenzollernischen Brauereien mit einbezogen ist, sonst würde die Benachteiligungssiffer mit rund 700 000 M für Baden zu Gunsten von Bayern und insbesondere von Württemberg noch höher ausfallen. Für ein kleines Land wie Baden ist in Einbeziehung in dieser Höhe schmerzhaft. Er muß durch die badische Steuerzahler in Form von Landessteuern (Grund- und Gewerbesteuer und dergleichen) aufgebracht werden. Diese finanzielle Benachteiligung wirkt sich um so empfindlicher aus, als Baden im Krieg als Operations- und Etappengebiet und in den Nachkriegsjahren als Grenzland, abgelehrt von dem benachbarten früheren effizienten Absatzgebiet und nunmehr eingeklinkt zwischen Rhein- und Schwarzwald unergiebig schwerer gelitten hat als das übrige Süddeutschland. Die württembergische Industrie ist ebenfalls heute wesentlich steuerkräftiger als die durch die vorerwähnten Umstände empfindlich betroffenen badischen Betriebe.

Sonach ist es, falls der Staatsgerichtshof dem preussischen Einpruch nicht stattgibt, ein Gebot der Stunde, daß auch der Verteilungsschlüssel für die fraglichen Zuweisungen von Bayern, Württemberg und Baden seitdem und gerecht geändert wird, um nicht in der reichsweiten süddeutschen Ede das Gefühl einer zu Gunsten der größeren Nachbarn erfolgten Verarmung aufkommen zu lassen.

Das badische Kultusministerium als Arbeitgeber

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Es sind zuerst Bestrebungen im Gange, die Arbeitsverhältnisse im Bereich des Kultusministeriums zu verschlechtern. Die Theaterarbeiter wurden an den Rand des Streits getrieben und beim Personal der städtischen Krankenhäuser in Heidelberg wird nun nicht anders. Seit 1921 bestehen bei diesem letzteren Personal Tarife, laut welchen nach den Lehren der Gemeindeführer bezahlt wird. Und zwar aus wohlwollenden Gründen, die auch seitens des Kultus- und Finanzministeriums anerkannt wurden. Jetzt auf einmal sind dem Kultusministerium diese Löhne zu hoch und es hat die Beträge gekündigt mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die Löhne gekürzt und an diejenigen der übrigen badischen Staatsarbeiter angeglichen werden sollen, die unter ganz anderen Voraussetzungen zustande gekommen sind. Das badische Finanzministerium war über die bisherigen Tarife des Kultusministeriums informiert, mußte informiert sein, ohne daß es deshalb eingeschritten wäre. Das ist der beste Beweis, daß die bisherigen Löhne nicht zu hoch waren, denn sonst hätte ja der Finanzminister pflichtmäßig einschreiten müssen und wäre auch sicher eingeschritten. Und wenn das Personal der akademischen Krankenhäuser in Heidelberg bisher nach den Löhnen des Ge-

Charles Dickens

Eine elende Wohnung im den, trostlosen Londoner Viertel: Bazaar Street. Dünne, niedrige Zimmer, wackelige Türen, kahle, schmutzige Wände. Vom Fenster aus fällt der Blick auf ein trübseliges, unbeschnittenes Hintergärtchen, das an einen schmutzigen Hof führt. In dieser kümmerlichen Behausung wohnt die verarmte, verheiratete Familie Dickens. Vater und Mutter sind im Schuldverhältnis. Der zwölfjährige Charles, ein schwächlicher Junge, arbeitet täglich zehn Stunden in einer Schiffschifferei, einem alten Gebäude, das von Schmutz und Dreck in dem es von Ratten wimmelt. In dieser Umgebung hat Charles Dickens, einer der größten Dichter der Weltliteratur, zum Teil sein ganzes Leben lang nicht verlassen. Nur unter der Führung aller Kräfte gelang es ihm, sich langsam herauszuheben. Tag für Tag suchte er im Lesesaal des Britischen Museums in angestrengter Arbeit seine lidenhafte Schulbildung zu ergänzen. Ohne jede Unterstützung oder Anleitung erwarb er eine Fülle von Kenntnissen auf zahlreichen Wissensgebieten. Seinen eigentlichen Beruf erblinde er darin, das Leben der arbeitenden Klasse so zu schildern, wie er es aus eigenem Erleben kannte. In den „Pickwick Papers“, in „Oliver Twist“, „Martin Chuzzlewit“, „Nicholas Nickleby“ erzieht das Leben der Mutter und der Arbeiter, der Schneiderinnen und Fabrikarbeiterinnen, und auf seinen Hintergründe wird das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben des damaligen England lebendig. Der Dichter schildert die Verhältnisse der Proleten, die unheilbaren Zustände im Erziehungs- und Schulwesen, die Verhältnisse in Armen- und Waisenhäusern, die Verhältnisse in Gefängnissen, die Ausbeutung der Kinder in der Industrie und Kontor. In der Schilderung dieser Mißstände ist er unerbittlich, seine Menschen aber, mit denen er fühlt und lebt, sind er mit dem feinsten Sinn eines Pastellmalers. Auch auf dem Gebiete der Erzählung verleiht er dem Leben einen warmen und tiefen Sinn. Sein Hintergrund ist der große Kampf der Arbeiter gegen die Baumwollbarone, der Erde im Jahre 1842. Die Arbeiter verlangten einen festen Lohn, dessen Gültigkeit im ganzen Industriegebiet anerkannt werden sollte. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen jedoch als unmöglich ab. Diese Arbeiter wurden die Mühen geschlossen

und 17 000 Arbeiter waren neun Monate lang droht- und arbeitslos. Der Streik dehnte sich auf das Grubengebiet, das Bauhandwerk, die Schiffswerten und sogar auf landwirtschaftliche Betriebe aus. Die Haltung der englischen Arbeiterklasse war in den ersten Monaten hervorragend, dann aber versiegten die Mittel, und ein wütendes Gend brach herein, das Verbrechen und Einbrüche Diebstähle und Ausschreitungen aller Art mit sich brachte. Dickens hatte selbst die Verhältnisse im Industriegebiet kennen gelernt, und es drängte ihn, sie wiederzugeben. „Ich hoffe“, so schrieb er, „mit dieser Schilderung ein gutes Werk zu tun.“ Trostlos ist die Lage der Arbeiter, in der sich die Ereignisse abspielen; die trostlose Industrie ist aus rotem Backstein, kahl, eckig und düstern, mit gleichförmigen Straßen und rauchenden Schornsteinen. Ruhe und die Luft. Ein schwarzer Kanal und ein schmutziges kleines Fließchen, überflutet von Fäkalien, durchziehen die Stadt. In diesem Rahmen spielt sich die Tragödie des Arbeiters Ebenhan Woodcock ab, der trotz des häuslichen Glucks, das ihm seine trunksüchtige Frau bereitet, die Charakterstärke findet, dem Unternehmer entgegenzutreten und ihm die Not der Arbeiter zu schildern. Er wird auf die Straße geworfen, gerät in Widerspruch zu einem Teil seiner eigenen Genossen, die sich um Unwohlsein hinziehen lassen; er kommt in tiefes Elend, bis endlich der Tod den müden, abgekochten Menschen erlöst. Aber noch in seinen letzten Augenblicken hofft er auf eine neue Zeit, die Zeit der großen, alles verändernden Liebe.

Die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich, auf Liebe und Vergebung, ist ein Teil der Weltanschauung des Dichters selbst. Dickens war durch die leidvollen Erfahrungen seiner Jugend nicht hart und bitter geworden. Er kannte keinen Haß. Er war froh und heiter, voll herbstlichen Humors und warmer Menschenliebe gewesen. In ihm lebte die feste und treue Überzeugung, daß das Los der arbeitenden Klasse langsam gebessert werden, und daß er selbst seinen Teil zu diesem Werke beitragen könne. Das hoffte er einmal dadurch erreichen zu können, daß er die Unternehmer zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse aufforderte, und daß er Lehrer und Erzieher zur Mitarbeit an diesem großen Werke aufrief. Zum anderen aber forderte er auch die Arbeiterklasse auf, alle Bildungsmöglichkeiten auszunutzen, um an geistiger Reife zu gelangen. Tatsächlich hat Dickens einen außerordentlich starken Einfluß auf die englische Öffentlichkeit ausgeübt. Die Verbesserung des Volksuntertriebs und die Abkämpfung der Mißstände im Gefängniswesen sind zum großen Teil auf die Wirkung seiner Romane zurückzuführen. Heute leben wir zwar diesen Werken mehr kritisch gegenüber und lehnen manche seiner Schilderungen als düsterliche Ueberspannung, anderes als zu weisheitsvoll ab. Alle Kritik jedoch hat der Beliebtheit des Dichters in seinem Heimatlande keinen Abbruch getan. Der Schicksal, der am 9. Juni, die Welt im Alter von 58 Jahren verließ, hat dem Gebirge der größten Engländer gewidmet ist, findet jern Gebirge

ein blühendes Blumenbeet verwandelt, ein Zeichen der Liebe, die die Unterdrückten Englands ihrem Vorkämpfer auch heute noch entgegenbringen.

Kunst und Wissen

Badisches Landestheater Karlsruhe. Einen künstlerischen Höhepunkt dürfte das Gastspiel Albert Bassermanns und seiner Gattin am Donnerstag, 9. Juni, mit der Aufführung von Ibsens „Nora oder Ein Puppenheim“ bedeuten; gehört doch gerade die Rolle des Helmer zu den trappantesten Gestaltungen des großen Menschendarstellers, dessen Ruhm sich ja nicht zuletzt auf seine schillernd reiche Ausgestaltung Ibsens'cher Charaktere gründete — Sutton-Rolles „Ueberfahrt“ gelang am Samstag, 11. Juni zur dritten Aufführung. Am Sonntag, 12. Juni, nachmittags (3 Uhr) kommt als 10. Vorstellung der Sonderreihe für Auswärtige Alfred Neumanns Drama „Der Patriot“ zur Wiederholung. — Im Konzertsaal wird am Sonntag, 12. Juni, der übermüthige Schwanz „Mel. Better Guard“ zum zweiten Mal in Szene gehen.

Historische Kammerkonzerte im Bruchaler Schloß. Die diesjährigen Bruchaler Schloßkonzerte finden am 11., 12. und 13. Juni 1927, jeweils abends 8.15 Uhr, statt. Das Programm der diesjährigen Kammerkonzerte weist bekannte Namen aus der Musikwelt auf. Es enthält ein Streichquartett von Karl Stamitz, dem begabten Schüler des berühmten Johann Stamitz, des Begründers des Mannheim'scher Konzerts und errang große Erfolge als Violinist auf auf seiner Konzertreise nach Paris. Noch berühmter ist der Name des Abbe Vogler geworden, von dem das Kammerkonzert die Symphonie zur Tragödie Hamlet bringt. Ihn hat die neuere Musikwissenschaft als den Vorläufer Franz Liszt bezeichnet. Er wendete als erster die Kunst zur Schilderung bestimmter äußerer Vorgänge, und gerade seine Hamlet-Symphonie darf als die erste musikalische Charakterisierung in symphonischer Form angesehen werden. So hat Abbe Vogler, der Lehrer Meyerbeers und Webers, auf die gesamte Musikwelt der neueren Zeit befruchtend gewirkt.

Die Stadt Hagen und der Rundfunk. In Hagen (Westfalen) wurde bis vor kurzem für die Anbringung von Luftleitern auf den Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft von den städtischen Körperlichkeiten eine jährliche Gebühr von 15 M beantragt. Wie jetzt bekannt wird, hat die städtische Finanzkommission beschlossen, daß die für Mitbenutzung städtischer Gebäude bisher geforderte Antennengebühr von 15 M jährlich, in geeigneten Fällen bis auf 3 M ermäßigt werden kann. Man darf wohl hoffen, daß die „geeigneten Fälle“ bald die Regel bilden werden, besonders da die Stadt Hagen Ende Mai eine Städtebauliche Ausstellung veranstaltet, auf der u. a. auch auf die Bedeutung des Rundfunks hingewiesen werden soll.

meindarbeitsvertrag besetzt wurde, so ist es durchaus im gleichen Rahmen wie das gleiche Personal in den städtischen Krankenhäusern von Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, was ebenfalls wieder beweist, daß die Beschäftigung richtig war. Das Kultusministerium will aber jetzt, einen Ausnahmezustand für dieses Personal schaffen.

Die Freiburger städtischen Kliniken wurden 1923 vom Kultusministerium übernommen mit dem Personal. Im Vertrag wurde anerkannt, daß dieses Personal während der Dauer des Vertrages, also mindestens bis 1938 nach dem Gemeindarbeitsvertrag zu zahlen ist. Also hat das Ministerium gegen die Bezahlung dieser Sätze nichts einzuwenden gehabt und bezahlt heute noch danach. Aber dem eigenen Personal in Heidelberg macht man denselben Lohn streitig mit dem Hinweis, daß bei den Heidelberger Kliniken eine Staatsüberweisung vorliegt, die nun „selbstverständlich“ zuerst bei den Arbeitern eingepreist werden soll. Das ist insonderheit. Nun soll die Lohnkürzung ausgerechnet zu der Zeit erfolgen, wo selbst der Reichsarbeitsminister eine Lohnkürzung aus verschiedenen Ursachen gerechtfertigt findet. Das Kultusministerium erkennt die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnkürzung in dem vom Finanzministerium beschlossenen Umlageumfang ebenfalls an, aber — zu gleicher Zeit will es auch einen Generalabbau der Tarife vornehmen. Erklärt mir, Graf Dertius —

Weiter aber sind in den Freiburger Kliniken seit 1923 eine kleine Anzahl Arbeiter eingestellt, welche bisher auch nach dem Gemeindarbeitsvertrag bezahlt worden sind. Hier hat nun das Ministerium entdeckt, daß für diese Leute eigentlich gar kein formeller Vertrag besteht und hat deshalb angeordnet, daß diesen Leuten ordnungsgemäß einzeln zu kündigen ist und sie nach Ablauf der Kündigungsfrist neu auf die niedrigeren Staatsarbeiterlöhne zu verpflichten sind. Und zwei solcher armen Teufel, die gar erst dieses Jahr eingestellt wurden, die fragt man gar nicht, die bezahlt man sofort nach dem Staatsarbeiterlohn, so daß nun bei gleicher Arbeit nach dreierlei Arten bezahlt werden soll. Auch den wenigen Leuten in den Botanischen Gärten in Heidelberg und Freiburg ist der Vertrag gekündigt worden mit dem Hinweis auf eine Verabredung der Lohnsätze. Mit solchen Mitteln glaubt das Ministerium seinen Etat ins Gleichgewicht bringen zu können und bringen zu müssen. Es ist ja nun wohl nicht der Kultusminister selbst, der solche Mittel haben will, als vielmehr ein neuer Herrscher, der die Geschichte meistern und seinen Willen, wie man die Tarifverträge machen muß. Zwar hat der Mann schon ein Mißgeschick erlitten, indem ihm vom Tarifauschuß beigegeben wurde, daß die Staatsarbeiterlöhne für Arbeiter in der Ortsklasse A zu niedrig sind, deshalb ein Schiedsgericht gefällig wurde, nach dem zu den Staatsarbeiterlöhnen noch eine Zulage zu zahlen ist. Aber starke Männer geben den Widerstand nicht gleich auf und so kämpft der Vertreter des Kultusministers jetzt heldenmütig darum, daß wenigstens den paar Klinik- und Botanikarbeitern 3-4 Pfennig pro Stunde abgezogen werden darf. Dazu soll nun der Schlichtungsausschuß nochmals in Aktion treten und soll durch Abschneiden von einigen Pfennigen dem Staatshaushalt auf die Beine helfen. Der Schlichtungsausschuß dürfte aber diese Sachen kaum mitmachen. Man sollte aber doch an den verantwortlichen Stellen ein Gefühl dafür haben, wie es auf die Arbeitsfreudigkeit des bisher zufriedenen Arbeiters wirken muß, wenn man sie durch Kleinigkeit und Rechtschere zu Unzufriedenheit förmlich treibt?

Partei-Nachrichten

Landtagsabgeordneter Hornung tödlich verunglückt
Stuttgart, 8. Juli. (Eigene Meldung.) Der württembergische Landtagsabgeordnete, Genosse August Hornung, ist am Mittwoch das Opfer eines Unfalles geworden. Beim Spazierengehen mit seinem Entelkind in der Nähe seines Wohnortes Bödingen bei Heilbronn suchte er das vor einem herannden Auto über die Straße laufende Kind in Sicherheit zu bringen, geriet aber dabei selbst mit dem Kind unter das Auto. Er wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach der Ueberführung in das Krankenhaus Heilbronn starb. Auch das Kind schwebt in Lebensgefahr.

Genosse Hornung, von Beruf Schneidermeister, der im 60. Lebensjahre stand, gehörte der Partei seit nahezu 40 Jahren an und war mit einer Unterbrechung seit 1911 Mitglied des württembergischen Landtags.

Genossenschaftsbewegung

Arbeiterpartei und Genossenschaften in England

Der Jahresbericht der britischen Konsumgenossenschaften hat in seiner Arbeitsstunde am Dienstag mit 1960 gegen 1948 Stimmen, wovon jede Stimme 1000 Mitglieder repräsentiert, dem Vertragsentwurf einer politischen Zusammenarbeit zwischen den britischen Genossenschaften und der Arbeiterpartei seine Zustimmung gegeben. Das Abkommen sieht ein gemeinsames Komitee aus Vertretern der Arbeiterpartei und der Konsumgenossenschaftspartei vor. Die Vereinbarung bedarf jetzt noch der Ratifikation des Parteitag der Arbeiterpartei.

Die Hauptbedeutung des Abkommens liegt darin, daß in Zukunft alle politischen Rivalitäten zwischen der Arbeiterpartei und den Konsumgenossenschaften, sowie die Doppelkandidaturen in zukünftigen Wahlen in Fortfall kommen werden. Die Unnahe 50prozentige Opposition gegen das Abkommen ist nicht als

Opposition der Konsumgenossenschaften gegen die Arbeiterpartei zu betrachten, sondern lediglich gegen jede politische Betätigung der Konsumgenossenschaften.

Gemeindepolitik

Furtwangen. Der Gemeinderat hat den Voranschlag für 1927/28 genehmigt, der Einnahmen in Höhe von 376 000 M und Ausgaben in Höhe von 484 000 M vorzieht. Der Fehlbetrag von etwa 108 000 M wird gedeckt durch eine vorläufige Umlage von 69 Pfennig. Für Erweiterung des Krankenhauses sind 163 000 M vorgesehen, und zwar für den Bau 100 000 M und für die Inneneinrichtung 25 000 M. Der Betrag soll durch Kapitalaufnahme gedeckt werden.

Schwesingen. Die Wohnungszählung hatte in Schwesingen folgendes Ergebnis: 1007 überbaute Grundstücke, 2343 bewohnte Wohnungen, 2416 Haushaltungen, 2476 Familien, 186 Wohnungszählende.

Kleine badische Chronik

Mheinsheim bei Bruchsal. Einen schweren Unfall erlitt der Landwirt Karl Dreagon von hier dadurch, daß er in seinem Anwesen aus drei Meter Höhe rückwärts auf die Scheuerterrasse stürzte. Er trug einen linken Unterarmbruch und starke Quetschungen am Rücken davon und mußte in schwer verletztem Zustande vom Platz getragen werden.

Dettingen bei Bruchsal. Zigarrenmacher Josef Heilig hier stürzte in seinem Anwesen beim Heuboden die Leiter herunter, wobei er sehr starke Quetschungen und Schürfungen am ganzen Körper davontrug und den linken Arm schwer verstauchte.

Bad-Dürheim. Die hiesige freiwillige Feuerwehr beging am Pfingstsonntag das 60jährige Jubiläum ihres Bestehens. Im Mittelpunkt stand eine imposante Feuerwehrprobe, bei welcher der gleichzeitige Brand mehrerer Häuser und der Kirche angenommen und dazu die Motorpumpe von Willingen, Schwesingen und Kottswell alarmiert wurden. Gleichzeitig tagte die Delegiertenversammlung des zweiten Feuerwehrtreffes, in der Kommandant Baumert die r-Donauvereine zum zweiten Vorsitzenden und Kommandant Häbler Willingen zum Bezirksfeuerleitungsinspektor an Stelle des verstorbenen Glöckners Grünigen gewählt wurden.

Wollach. In Hiltensheim stießen zwei Kavalierer zusammen. Der eine, der Kaufmannslehrling Richard Walz, Sohn des Möbelfabrikanten Jaf. Walz, stürzte dabei so unglücklich, daß er einen Schädelbruch erlitt.

Willingen. Am Pfingstsonntag tagten hier in der Festhalle der Kaninchenzüchter, welche aus ganz Baden sehr gut besucht war. Der Verband zählt 5000 Mitglieder. Der Verbandsbeitrag wurde auf 15 Pf. pro Mitglied festgesetzt. Bei den Neuwahlen wurden W. Ehre - Karlsruhe zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Der zweite badische Büchertag findet am 16. und 17. Juli in Karlsruhe statt.

Kanufahrt auf dem Oberrhein. Samstagabend trat hier eine aus etwa 120 Booten bestehende Kanuflootte des Oberrhein-Mainkreises des Deutschen Kanuverbandes ein und bezog in den neuen Rheintalungen Zelthlager. Hier trafen die Teilnehmer von Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim usw. zu der Flotille.



VOLKSFREUND

Weitverbreiteste sozialdemokratische Tageszeitung Mittelbadens. Ständig zunehmende Leserschaft, daher wirksamstes Insertionsorgan.

Mannheim. Auf der Friedrichsfelder Landstraße hat sich wieder ein schweres Autounfall ereignet. Ein auf einer Schwarsstraße befindliches Auto wollte einem entgegenkommenden angeleglich nicht abgedeckten Kraftwagen ausweichen und fuhr über die Straßenbahn. Die sechs Insassen erlitten schwere Verletzungen und das Auto wurde erheblich beschädigt.

Berwangien bei Eppingen. Der Löwenwirt Adolf W. von hier wollte Futter holen. Auf dem Heimwege gingen die Pferde mit dem geladenen Wagen durch, auf welchem auch dem Besitzer eines seiner Kinder saß. Auf dieser Fahrt stürzte der Wagen um. Nagel wurde schwer verletzt. Das Kind kam mit Schrecken davon.

Die Bluttat in Ottenheim

Ottenheim bei Lahr, 7. Juni. Zu der schweren Bluttat, die sich in der Nacht zum Dienstag ereignet hat, werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die 20jährige Anna Maurer hatte bereits den Sauskur des elterlichen Anwesens betreten und die hinter sich geschloffen, als sie von dem 31jährigen ledigen Landwirt und Schmied August Heimbauer, der sich vorher in dem Haus eingeschlichen hatte, überfallen wurde. Heimbauer verletzten dem Mädchen nicht weniger als 10 furchtbare Messerstiche in den Rücken und in die Hände, so daß das Mädchen furchtbar unterlag. Auf seine Hilfe eilte der Vater der Ueberfallenen herbei, der den Täter an der Gurgel faßte und ihn von seiner Tochter wegreißen wollte. Hierbei führte Heimbauer einen weiteren Messerstich, durch den der Vater des Mädchens am rechten Arm verletzt wurde. Da die Schlagader am Halse der Ueberfallenen durchschnitten und das Mädchen einen sehr großen Blutverlust erlitten hatte, war es nicht zu retten. Der Täter ist geflohen, wird als unwahrscheinlich angesehen, daß, wie zuerst angenommen wurde, Heimbauer seinem Leben im Mühlbach eine Ende gemacht hat.

Schwerer Raubüberfall bei Immendingen

Immendingen, 7. Juni. An der gleichen Stelle, wo vor vier Wochen der Arbeiter F. u. L. von vierzehn Tätern überfallen wurde, ist nun neuerdings ein Krankenhausdiener Johann G. von einem unbekannten Raubüberfall und niedererschlagen worden. Er mußte mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus verbracht werden. Die Polizei seit nimmt an, daß es sich um einen Raubakt handelt, der mit der vor einiger Zeit bei der Kaminfabrik stattgefundenen Schlägerei im Zusammenhang steht.

Neuer Raubüberfall bei Immendingen

Immendingen, 7. Juni. Auf dem Wege von Immendingen nach Rimbura wurde in der Nacht zum Montag ein 27 Jahre alter Mann aus Freiburg überfallen und seiner Uhr und Bargkassett beraubt, worauf er in den Kanal geworfen wurde. Als Täter wurde ein Arbeiter aus der Waldkirch-Mühle festgenommen.

Der Pfingstverkehr — Ueber 100 Sonderzüge

Trotz der unglücklichen Witterung, die sich allerdings nicht auf alle badischen Landesteile ausdehnte, war der Pfingstverkehr am Pfingstmontag eine größere Anzahl von Zügen dominiert. Die Eisenbahnen in Baden ein außerordentlich harter, gefordert werden. Am Pfingstsonntag morgen letzte dann ein starker, mehr auf den Ausflugsverkehr beschränkter Zufstrom, der sich auch am zweiten Feiertag wiederholte. Einen ganz besonderen Aufschwung hatte die Eisenbahn aber am Pfingstmontag. Pfingstfreitag und Ausflugsverkehr, der Tagungsteilnehmer um die rückflutete. Im Heidelberger Bahnhof kamen und gingen an den Festtagen insgesamt 112 Sonderzüge. Ferner wurde an den beiden Tagen von und nach Mannheim 5000 nach vorfristiger Schließung 220 000 Personen befördert. Wie alljährlich an Pfingsten wurde auch in diesem Jahre eine Anzahl ausgereifter und mit Verköstigung versehenen Sonderzüge zum Verköstigen der Reisenden im Oberland müde verladen gefahren werden. Sehr großen Wert hatten zum Beispiel auch Baden-Baden und Schwesingen auf dem weissen. Der Schwesinger Schlossgarten wurde von ungefähr 10 000 Personen besucht. Der gesamte große Jugerverkehr machte sich eine jede Störung ab. Verpätungen hielten sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen.

Das Mittropa-Kursbuch deutscher Schnellverbindungen erlebte in einer neuen verbesserten Ausgabe. Damit ist dem Reisenden der vornehmlich die deutschen Hauptverkehrsstrecken betreuende wieder ein Fahrplanbuch in die Hand gegeben, wie es ähnlich schon seit langem nicht mehr erschienen hat. In übersichtlicher Form sind die Eisenbahn- und beschleunigten Fernverkehrsverbindungen Deutschlands und ihre Anschlüsse auf die Strecken der benachbarten europäischen Länder aufgeführt. Es ist Hauptziel des Herausgebers gewesen, beste Ueberlicht und damit größtmögliche Einfachheit in der Bedienung zu erreichen. Die Reisebequemlichkeit (Spezial-Schlafwagen) sind besonders berücksichtigt. Aufstellungen der Reise- und Bettartenpreise, der Vorverkaufsstellen vervollständigen den Inhalt des handlichen Taschenbuches. Einzelverkauf (in den Reisebüros, durch die Bahnhofs-Buchhandlungen und bei den Schlafwagenführern und Seelwagenstellern) 1.50 M. Abonnementpreis (jährlich 2-3 Ausgaben und Berichtungsgebühren) 3 Mark.

Eine sehr billige Serie in schönen Mustern

Herrenstoff-Kammgarn

16.-

Mk. per Mtr.

Leipheimer & Mende

Dorn's Kaffee

seitdem ich ihn kenne, trinke ich keinen andern mehr. Lotte.

Stutzen u. Sportstrümpfe
Sportstutzen. Wolle. Gelegenheitskauf. Paar 0.95, 1.25, 1.75. Sportstrümpfe m. Fuß. Baumwolle und Wolle in größter Auswahl. Jede Farbe und jede Preislage.

Wilh. Heinert Nachf.
Jnh. Frieda Kraft
Karlsruhe, Kaiserstrasse 227

Arbeiter, Angestellte u. Beamte
Sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses des Ablandes, des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes u. der Genossenschaftstage nur verschüchtern bei dem eigenen Unternehmen der 3219

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft

Karlsruhe, Schützenstraße 16, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Mitter 58/59.

Diamant Adler-Grützner-Presto
Fahrräder
Nähmaschinen
Ersatzteile
Reparatur-Werkstatt
Teilsahlg. gestattet!

X. Hottner
Karlsruhe-Mühlburg
Karlstr. 27, Ecke Rheinstr.
1886 Telefon 1890.

Abschlag
Neue Italiener
Kartoffel
3 Pfd. 40 Pfd.
Bucherer
Ruhbaum polierter
Einzel-Möbel
auch Tisch u. Werkzeuge
zu niedrigen Preisen
Möbelhaus
Freundlich
Kronenstr. 10
(Zahlungsbereitschaft)

Derren- und Dammer
45. in der Kronenstr.
Schützenstraße 16.

Aus aller Welt

Bauunglück

Krefeld, 8. Juni. In Friedlos war auf ein einseitiges Haus ein zweiter Stock und ein Dachstuhl aufgesetzt worden. Als die Dachziegel aufgelegt wurden, neigte sich das Gebälk nach hinten und stürzte in den Hof. Von den auf dem Dach beschäftigten Arbeitern sprang einer von einer Höhe von 8 Metern herab und brach beide Beine, während die drei anderen Arbeiter, die mit dem Gebälk zu Boden stürzten, nur leicht verletzt wurden. Eine Frau, die Ziegel zurechtlegte, wurde so schwer verletzt, daß sie noch am selben Abend starb.

Die Mutter bedroht

Berlin, 8. Juni. In Dabrun bei Wittenberg ist ein 16jähriger Schuhmacher im Verlaufe eines Streits mit seinem Revolver auf seine Mutter ein und verletzte sie schwer am Kopf. Der Revolver entlud sich bei dem Schüsse und tötete die Mutter.

Zwei Knaben überfahren und getötet

Chemnitz, 8. Juni. Zwei 13jährige Knaben, die auf einem Fahrrad fuhren, wurden heute vormittag beim Überholen eines Lastwagens überfahren und getötet.

Wieder Beratungen beim Berliner Bezirksamt Mitte

Berlin, 8. Juni. Der Wohlfahrtskommissionsvorsitzende Friedrich Schmidt hat seit Anfang des Jahres 1926 Unterfürsorgearbeiten in Höhe von 3311 M. verrichtet. Als Richtschnur überführt er einen Tobjuchsanfall und mußte in eine Anstalt eingewiesen werden. Es wird aber angenommen, daß der Defraudant den wilden Mann spielte. Die Feststellungen ergeben, daß die Unterfürsorge, die vier innerhalb weniger Monate, bis in die letzten Monate des Jahres 1926 zurückreichen und daß Schmidt es zweimal jährlich stattfindenden Revisionen unterworfen hat, die den Unterfürsorgeempfänger nur einen Teil ihrer Unterfürsorge in barem Gelde ausbezahlt und sie dann gemungen hat, den Rest Waren aus seinem Geschäft zu bestreiten. Schmidt ist ein netterlicher Trinker gewesen.

Aufführung einer Bluttat

Berlin, 9. Juni. Der Arbeiter Willi Faust aus G. 519-117, der wegen verschiedener Diebstähle seit längerer Zeit im Untersuchungshaftgefängnis in Haft ist, gestand gestern, am 2. Dezember 1926 seinen Diebstahl, den Arbeiter Walther Sündt in der Wache mit der Wt erschlagen und die Leiche vercharrt zu haben, um einen unangenehmen Zeugen loszuwerden.

Pfingstfahrten der Berliner

3,2 Millionen Vorortfahrer, 600 000 Ferienreisende
Die Reichsbahn hatte über die Pfingsten einen Reiseverkehr von gewöhnlicher Höhe. Am Samstag wurden rd. 240 000 Personen in den Vororten befördert. Vom 1. bis 4. Juni haben nach den vorliegenden Mitteilungen rund 500 000 Personen Berlin den Vororten besucht. Den stärksten Verkehr hatte der Stettiner Bahnhof mit 150 000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung des Verkehrs um 12 Prozent zu verzeichnen. — Am Pfingstmontag wurden wegen der starken Hitze 12 Vor- und Nachmittagszüge ein- und ausgeführt. Die Reichsbahn schickt die Zahl der Reisenden, die am Sonntag und Montag Berlin mit einem weiten Umkreis verlassen haben, auf rund 100 000. Insgesamt sind also vom 1. bis 6. Juni 600 000 Fahrkräfte befördert worden. — Der Reiseverkehr war infolge des frühen Wetters nicht besonders stark, doch bleiben die Zahlen gegenüber denen des Vorjahres keineswegs zurück. Insgesamt wurden an beiden Feiertagen im Stadt- und Vorortverkehr 3,2 Millionen Personen befördert.

Sozialdemokratie und Nebenämter der Beamten

Wie schon in unserem letzten Landtagsbericht mitgeteilt, hat die Reichsbahn beschlossen, einem demokratischen Antrag der Beamten die Übernahme einer Beamtentretung und die Bestätigung in Berufsorganisationen nicht als genehmigungspflichtig anzusehen. Die Zustimmung zu diesem Antrag ist im Landtag des Reichstages mit Ausnahme der Demokraten und Kommunisten, entschied sich für die Auffassung des Reichstages. Die Neue Badische Landeszeitung hat nun am Freitag ihren parlamentarischen Bericht über den Landtag gegen den sozialdemokratischen Antrag veröffentlicht.

Wie im Ausschuss wurde der Antrag auch im Plenum abgelehnt. Merkwürdigerweise stimmten auch die Sozialdemokraten gegen den Antrag. Allerdings waren die führenden Männer der Fraktion bei der Abstimmung nicht im Saal anwesend, es geschah also ohne ihre Zustimmung, was freilich nicht zu erkennen ist.

Hierzu ist mitzuteilen, daß von einer absichtlichen Abwesenheit der führenden Männer der Fraktion keine Rede sein konnte. Sie sind lediglich anderweitig Besprechungen vorzunehmen. Wären sie im Saal gewesen, hätten sie wie die anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion für den Antrag des Reichstages gestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht beschließen, den Beschlüssen des Reichstages beizutreten. Das ist der wahre Sachverhalt und damit richtig sich die überflüssige Anwesenheit der „Neuen Bad. Landeszeitung“ zu erklären.

Im Übrigen darf noch bemerkt werden, daß der demokratische Antrag eine völlig überflüssige Parlamentsaktion war. Er wurde bereits vor einem Jahre und zwar am 14. Mai 1926 eingereicht, die Demokraten nicht in der Regierungskoalition waren. Von der demokratischen Fraktion daran, diesen Antrag früher im Parlament behandeln zu lassen, dann wären ja dazu gewiß die Möglichkeiten gegeben. Es scheint also nicht so unbedingt etw. mit der Abgrenzung der Rechte der badischen Beamten gemeint zu sein. Im Reichstagesausschuss sog. völlig der demokratische Vertreter den Antrag zurück, weil in einer Zukunft an den Ausschuss der Reichsminister überaus nachdrücklich hatte, daß es des demokratischen Antrags gar nicht bedarf, weil noch nie in den letzten Jahren ein Beamter irgendwie Schwierigkeiten bereitet wurden, wenn er ein Landtags- oder Reichstagsmandat übernahm. Die Berufsorganisationen ehrenamtlich oder gegen Bezahlung tätig sind, nur dann um eine Genehmigung nachsuchen, wenn mit dieser Tätigkeit eine Belohnung verbunden ist. Wie fragen: Ist das zuviel verlangt? Dem Beamten werden

stark, doch bleiben die Zahlen gegenüber denen des Vorjahres keineswegs zurück. Insgesamt wurden an beiden Feiertagen im Stadt- und Vorortverkehr 3,2 Millionen Personen befördert.

Unwetter in Weichselnland

Moskau, 8. Juni. Ein Orkan mit verheerenden Regengüssen im Gefolge hat Weichselnland heimgesucht. Besonders stark wütete das Unwetter im Kreise Vorkoski. Die Berolina ist über die Ufer getreten und hat den tiefer gelegenen Teil von Vorkoski überschwemmt. Die Saaten sind weggeweicht, die Wege zerstört, bedeutende Strecken der weichselnischen Eisenbahnlinien vollkommen aufgeweicht.

Bombenattentat in Penningrad

Penningrad, 8. Juni. Gestern Abend betrat ein Unbekannter den Saal des Gefährtsklubs, in dem eine Sektion eines Leningrader Diskussionsklubs der kommunistischen Partei eine Mitgliederveranstaltung abhielt und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosion wurde der Raum zerstört. 26 Teilnehmer der Veranstaltung wurden erheblich verwundet, jedoch ist sofort im Krankenhause gebracht worden. Außerdem gab es einige leichter Verletzte. Die beiden Täter konnten, ihren Rückzug mit Revolvergeschüssen bedeckend, entkommen.

Zwei Touristen auf dem Gletscher erfroren

Salsburg, 8. Juni. Auf dem Karlsruher Gletscher im Salsburger Gebiet sind zwei unbekannte Touristen, ein Herr und eine Dame erfroren aufgefunden worden.

Politische Keilerei

Angermünde, 7. Juni. Auf einem Tanzveranstalten in Herzbrunn kam es am gestrigen Tage zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Frontkämpfern und Leuten des Stahlhelms. Mit Messern, Knäulen und Pistolen ging man aufeinander los. Zwei der Beteiligten wurden schwer verletzt. Einem Anwesenden des Stahlhelms wurde ein Pistolenhaken in den Leib gestochen, während einer der Frontkämpfer mehrere Messerstiche erlitt.

Schweres Autounfall

Berlin, 9. Juni. Der Dentist Meißner aus Schönow in Schlesien unternahm mit der Gattin eines Breslauer Ingenieurs eine Bergungsfahrt. Der Dentist, der zwar fahren konnte, aber nicht im Besitze eines Führerscheines war, wollte sich eine Zigarette anzünden und ließ das Steuer aus den Händen. Das Auto fiel gegen einen Stein, überschlug sich mehrere Male und begrub die beiden Insassen unter sich. Sie wurden mit schweren Schädelverletzungen von Ballanten aufgefunden und sind in der Nacht ihren Verletzungen erlegen.

Brand in einem Kurhotel

Berlin, 8. Juni. Wie der Vossische Zeitung aus Kassel berichtet wird, brach gestern Abend im Dachstuhl des Hotels „Kaiserhof“ in Bad Salzschlirf Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Der ganze Dachstuhl wurde ein Raub der Flammen und 20 Zimmer brannten vollständig aus. Kurgäste und Angestellte konnten teilweise nur das nackte Leben retten. Der Schaden ist sehr groß.

Schweres Unwetter an der Obermosel

Luxemburg, 8. Juni. Ein furchtbares Unwetter hat in dem luxemburgischen Kanon Kemich und in den deutschen Gauen auf dem rechten Moselufer an den Kulturen schweren Schaden angerichtet. Vor allem wurde die Weinberge schwer getroffen und, da die Blüten meist verblüht waren, blühte mit einer Zelle im Herbst nicht zu rechnen sein. Die Dageföhner lagen stellenweise 20 Zentimeter hoch.

nicht wie dem Arbeiter oder Angestellten Abhilfe gemacht, wenn er vom Dienst abwesend ist. Die Behörden müssen aber doch das Recht haben, über die Ausübung der Berufstätigkeit der Beamten unterrichtet zu sein. So verlangen es doch wohl auch die Steuerzahler, und wenn das Finanzministerium lediglich dann die Genehmigungspflicht festsetzt, wenn mit der Tätigkeit in Organisations- oder sonstigen Berufsvertretungen eine Belohnung verbunden ist, so dünkt uns dies keineswegs unbillig. Ausdrücklich hat es dem Ausschuss mitgeteilt, daß in einem Falle, in welchem Vorstandsmitglied eines Berufsvereins zusammen 13 000 M. als Entschädigung bezog — es handelt sich um 17 Vertreter des Bad. Lehrervereins — den Betroffenen die Weiterführung ihrer Tätigkeit (natürlich auf Ansuchen) ohne weiteres gestattet hat. Mehr kann doch wahrlich nicht verlangt werden.

Auch ein von Dr. Wolfhard in der Plenarsitzung vom 2. Juni herangezogenen Fall, welcher sich in Mannheim abspielte, hat seine reifliche korrekte Auffassung durch den Finanzminister Dr. Schmitt gefunden. Danach müßte also die Frage aufgeworfen werden, wozu der demokratische Antrag? Selbst die Kommunisten waren nicht in der Lage, den Beweis für seine Notwendigkeit zu führen, denn sie forderten in der Mannheimer Arbeiterzeitung vom 21. Mai die Staatsbeamten und Angestellten auf, also erst nach der Stimmung des Reichstagesausschusses, konkrete Fälle in der Verbindung der Koalitionsfreiheit der Mannheimer Arbeiterzeitung mitzuteilen. Das ist aber anscheinend nicht geschehen, denn der Kommunist Ritter er mußte in der Donnerstag-Debatte förmlicher die Erklärung abgeben, er werde noch Material für den demokratischen Antrag beibringen.

Sollte also die Sozialdemokratie nun auch verlangen, daß der Landtag beim Reichstag intervenieren soll, in das künftige Beamtengesetz den demokratischen Passus einzufügen? Solche überflüssige Parlamentsarbeit will sie nicht leisten. Das badische Beamtengesetz hängt vom Reichsbeamtengesetz ab und unsere Genossen im Reichstag bedürfen sicherlich nicht erst des badischen Anstoßes, um es so zu gestalten, daß die Koalitions- und Berufswahlrechte in vollem Umfang gewahrt werden. Die „Neue Bad. Landeszeitung“ hätte sich also ihren Angriff sparen können. Wäre es zu einer Antwort der nicht demokratischen Parteien im Landtag gekommen, so wäre ihr das vorstehende Gesagte von sozialdemokratischer Seite schon unterbreitet worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich schon bei der Verfassungsberatung im Jahre 1919 in sehr erregter Weise um das Koalitionsrecht der Beamten bemüht und wenn es heute in der Verfassung steht, ist es im wesentlichen ihrer Initiative zu verdanken. Sie bedarf also keiner Mahnung von demokratischer Seite, auf diesem Gebiete ihre Pflicht zu tun.

Wasserstand des Rheins

Waldsbut 390, gef. 8, Schutterinsel 282, gef. 7, Reßl 400, gef. 10, Maxau 590, gef. 16, Mannheim 524, gef. 3 Zentimeter.

RESIDENZ- und KASINO-WALDSTR.
Voranzettel - Ab Freitag: 6028
Meine Tante - Deine Tante Ein Lustspiel mit Henny Porten

Gerichtszeitung

Unlauterer Wettbewerb

Das erweiterte Schöffengericht in Heidelberg beschäftigt sich zurzeit mit einem größeren Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbes. Angeklagt sind der Chemiker Dr. Franz Meyer aus Dresden und der Kaufmann Hude Dönneweg aus Krefeld. Als Nebenklägerin tritt die F. G. Farbenindustrie auf. Dr. Meyer soll, wie die Anklage behauptet, an eine amerikanische Firma Preise von Zwischenprodukten für die Herstellung von Farbstoffen, die zum Teil geheim sind, widerrechtlich ausgeben und damit nicht allein Geschäftsgeheimnisse verleiht, sondern auch unter Erlangung eines unerlaubten Vermögensvorteils die ausländische Konkurrenz begünstigt haben. Fünfzehn Zeugen, darunter als Sachverständige zwei bekannte Hochschulpromotoren, hatten die Frage zu prüfen, ob bei zwölf dieser Zwischenprodukte die Preise in der Tat intern und geheim sind und ob Dr. Meyer als namhafter Chemiker dies hätte wissen müssen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Dr. Meyer zu zwei Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe (oder weiteren 100 Tagen Gefängnis) wegen unlauteren Wettbewerbes und sprach Dönneweg frei. In der Urteilsbegründung wurde betont, das Gericht habe die Überzeugung gewonnen, daß in einem Falle ausgesprochene Spionage vorliege, da ein direkter amerikanischer Auftrag zur Ermittlung der Geheimpreise ermittelt worden sei und Dr. Meyer aus seiner ganzen Bildung und Stellung in der chemischen Industrie sich über die Bedeutung der betreffenden Zwischenprodukte und ihrer Preise nicht im Zweifel befinden konnte. Dönneweg habe wohl Bedenken wegen des an ihn gestellten Ansehens haben müssen, jedoch im Hinblick auf die ansehnliche Persönlichkeit des Dr. Meyer nicht annehmen, daß die mitgeteilten Preise einem unlauteren Wettbewerb dienen sollten. Gegen das Urteil soll Berufung eingelegt werden.

Letzte Nachrichten

Koffront-Fliegerleien

Schwerin, 8. Juni. In der an der Berlin-Hamburger Chaussee gelegenen Stadt Gradom kam es zu wüsten Ausschreitungen von Kommunisten, die vom roten Frontkämpfertag aus Berlin heimkehrten, gegen die Bevölkerung. Der Maler Arthur Verlich wurde von seinem Motorrad gerissen, verprügelt und durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Ein Auto wurde angehalten, die Insassen verprügelt und erheblich verletzt. Die Polizei war diesem Treiben gegenüber der gabelmächtigen Ueberlegenheit der roten Frontkämpfer machtlos. Die Bevölkerung befindet sich in starker Erregung.

Deutsche Turnerschaft und Bischöfe

Ein interessanter Konflikt

Die bayerischen Bischöfe haben die Teilnahme an bayerischen Frauentraktanten in Neuburg an der Donau ihren Diözesanen verboten. Die Turnerschaft hat sich nicht gefallen lassen. Der bayerische Turnerverbund protestiert in einer Erklärung, in der er die Vermutung äußert, daß mit dem Verbot auch konfessionelle Nebenabsichten verfolgt würden. Schon seit längerer Zeit sei die katholische Geistlichkeit in eine scharfe Isolation eingetreten, die verlange, daß katholische Mädchen und Jünglinge nur den katholischen Turnerverbänden beitreten dürften, wodurch ein förmlicher Boykott gegen die protestantischen Vereine ausgebrochen werde. Schwere kirchliche Strafen, wie die Verweigerung der Kommunion, würden in Einzelfällen angedroht. Die bayerische Turnerschaft habe gegen das Verbot die vermittelnde Hilfe des bayerischen Kultusministeriums anzufragen, aber diese scheine nach eingehenden Verhandlungen aussichtslos. Die Turnerschaft vermahnt sich gegen die Bedrohung mit öffentlicher Beschimpfung von Angehörigen der Kirche und sie erhebe gegen die bayerischen Ordinals den Vorwurf, ohne genügende Prüfung die bedauerliche Zwietracht auf einem Gebiete vermehrt zu haben, auf dem sie eine vorhandene Gegenläufigkeit ausgleichen sollten.

Erwischter Mörder

Berlin, 8. Juni. (Hundst.) Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, in der Person des 32 Jahre alten aus Ostpreußen stammenden Tischlers Paul Schallnack den Mann zu verhaften, der Mitte der vorangegangenen Woche in Brandenburg einen Polizeibeamten im Dienst erschoss. Der Beamte hatte den Mann gefesselt, weil er mit seinem Fohrerad in der Nacht ohne Licht fuhr. Der Radler gab sofort mehrere Schüsse ab, die den Beamten tödlich verletzten. Schallnack konnte bereits am Tage nach der Tat in Spandau verhaftet werden, wo er bei einem verurteilten Fahrraddiebstahl erwischt wurde. Bei ihm wurde eine Pistole gefunden, die mit der in Brandenburg verwendeten übereinstimmte. Nach längerem Verlangen legte Schallnack nunmehr ein Geständnis ab. Das Rad, mit dem er nach Brandenburg gefahren war, hatte er kurz vorher in Burg gestohlen.

Chefredakteur: Georg Schöpslin o. Preussische Verlagsanstalt, Mittelstraße, Wetzlar. Verantwortlich: Hermann Schöpslin, Wetzlar. Druck: Wetzlar. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Postamt: Wetzlar. Verlagsnummer: 100000.

Manfarde
von solchem Arbeiter geschickt. Gek. Effekten unter Nr. 5020 an das Volkshilfsbüro.

Zu verkaufen
Ein Wirtschaftsbuch, kombiniert, für Gas- und Kohlenheizung, ein Jahr im Betrieb, ist wegen Verschaffung eines größeren Wiederverkaufswertes abzugeben. Zu erfragen unter Nr. 756 im Volkshilfsbüro.

Motorrad
Betriebe 3 Gänge, guter Käufer, sehr gut erd., verneuert bis 1925, hat angegeben, Feuerstein, Krafteinrichtung 26.

Wer ist der glückliche Gewinner?
Die während des „Fahrmart für Jung und Alt“ von der **Beiertheimer Wurstfabrik** verlosteten Junter & Ruh-Gasherbe stelen auf die Nummern 550 und 2184. Sollten die Gewinne bis 1. Juli d. J. nicht abgeholt sein, so verfallen diese zu Gunsten der Quendehilfe.

Paul Bach, Beiertheim
Breitstraße 61 Telefon 3213
Junter & Ruh-Gasherbe
Kaffater Kohlenherbe

Motten, Wanzen, Käfer D.V.G.U. / ANTON SPRINGER / Ettlingerstr. 51 Tel. 2340
Billigste Berechnung. Einzige maschinelle Sanierungsanlage am Platze zur schonendsten geruchl. Behandlung der Gegenstände

